

»Alle Warnungen einfach ignoriert«

Sicherheitsmängel auf dem Geh- und Radweg der Ortsumgehung beschäftigen die Politik

Von Stefan Lind

Verl (WB). »So kann es nicht bleiben.« Mag dieser Satz während der jüngsten Sitzung des Straßen-, Wege- und Verkehrsausschusses auch nicht expressis verbis gefallen sein, so zog sich doch diese Einschätzung durch alle Wortbeiträge zum Thema »Sicherheitsdefizite auf dem gemeinsamen Geh- und Radweg der Ortsdurchfahrt.«

Vor einigen Monaten schon hatten Johannes Wilke und Dr. Egbert Daum von den Grünen erstmals auf das Thema hingewiesen (die VERLER ZEITUNG berichtete am 13. April). Die Breite des Fuß- und Radweges, die laut Straßenverkehrsordnung durchgehend mindestens 2,50 Meter betragen soll, sei an vielen Stellen nicht gewährleistet, so die Kommunalpolitiker. Erhebliche Einengungen erfolgten durch Schilder, Laternen und Bäume. Besonders auffällig sei die Situation im Bereich zwischen dem Fußweg Amselweg/Gütersloher Straße und dem Finkenweg.

GRÜNE LEGEN NOCH NACH

Dr. Egbert Daum legte in der Sitzung noch nach und erhob schwere Vorwürfe gegenüber den Verantwortlichen. Da seien »in vollem Bewusstsein und vorsätzlich« Dinge falsch gemacht worden. Vorrangiges Ziel sei offenkundig gewesen, ein einheitliches Straßenbild zu erreichen: »Diesem Wunsch nach einem ästhetisch-formalen Bild fielen aber Sicherheitsaspekte schlicht zum Opfer.« Er verwies auf Sicherheitsaudits



»Gefährliche Hindernisse« haben die Grünen an vielen Stellen des gemeinsamen Geh- und Radweges entdeckt, beispielsweise an der Ein-

mündung des Wachtelwegs, wo Ampelmasten ganz oder teilweise im Weg stünden. Fotos: Stefan Lind

des Landesbetriebs Straßen.NRW, in denen diese Aspekte weit vor der Fertigstellung der Baumaßnahme ausdrücklich erwähnt worden seien (siehe Info-Kasten). Diese Audits hätten aber nur einen empfehlenden Charakter, »und was drin stand, ist einfach ignoriert worden.« Soll heißen: »Alle haben vorher davon gewusst, das macht den Fall für uns so brisant.« Es stelle sich dringend die Frage, wer verantwortlich dafür sei: »Da muss doch jemand gesagt haben: »Augen zu und durch.«« Unterstützung erhielt er von Konrad Balsliemke (CDU): »Über diese Dinge ist im Vorfeld nie gesprochen worden.« Die SPD-Fraktion hatte gar eine Liste mit sieben Fragen formuliert, die sie von der Verwaltung beantwortet haben wollte.

VERWALTUNG ZEIGT SICH EINSICHTIG

So lag es am Technischen Beigeordneten Thorsten Herbst, Schadensbegrenzung betreiben zu müssen. Hatte er in der Verwaltungsvorlage noch vorgerechnet, 97 Prozent des Radweges der Ortsdurchfahrt seien völlig in Ordnung, bei 2,5 Prozent gebe es lediglich punktuelle Einschränkungen, so zeigte er sich in der Sitzung einsichtiger: »Wir haben

das Problem erkannt und teilen einige der Bedenken. Deshalb sehen wir uns aufgefordert zu handeln.« Er schlug vor, in mehreren Schritten vorzugehen. Zunächst soll die Situation im Bereich Finkenweg/Amselweg an die Reihe kommen: »Das können wir uns exemplarisch anschauen und lösen.« Daraus ließen sich Schlüsse für weitere Maßnahmen ziehen,

»Alle haben vorher davon gewusst. Das macht den Fall für uns so brisant.«

Dr. Egbert Daum (Grüne)

außerdem sei es dann möglich, einen Kostenvoranschlag zu erstellen. Er warnte vor hektischem Aktionismus: »Ein Schnellschuss bringt jetzt nichts.« Herbst griff die Anregung Egbert Daums auf und erklärte, einen Bestandsplan des Geh- und Radweges der Ortsdurchfahrt vorlegen zu wollen, der in Ruhe Stück für Stück abgearbeitet werden könne, um Schwachstellen zu beheben. Der Beigeordnete zeigte sich dabei sehr selbstkritisch: »Sollte unsere

Abteilung im Vorfeld etwas übersehen haben, wird das zur Sprache kommen.«

SCHILDER BLEIBEN STEHEN

Konrad Balsliemke äußerte sich besorgt darüber, ob die Beschilderung, die für Radfahrer und Fußgänger die Nutzung des gemeinsamen Weges anordnet, in dieser Phase der Unsicherheit bestehen bleiben könne: »Wenn da ein Unfall passiert, muss womöglich die Stadt zahlen.« Diese Bedenken wies Herbst zurück. Zum einen habe die Kommunalversicherung in Köln bereits signalisiert, dass weiterhin Versicherungsschutz

bestehe, zum anderen sei das Aufstellen der Schilder vom Landesbetrieb Straßen.NRW und der Polizei gleichermaßen angeordnet worden. Da habe es keine Bedenken gegeben.

Die Mitglieder des Ausschusses schlossen sich einstimmig den Vorschlägen Herbsts zum weiteren Procedere an. Dr. Egbert Daum fehlte allerdings weiterhin der konkrete Wille, die Verantwortlichen zu ermitteln: »Wir haben als Politiker auch eine Aufklärungspflicht. Bislang habe ich dazu noch keine befriedigende Antwort erhalten«, so seine letzte Wortmeldung zum Thema.

Landesbetrieb nahm schon im Juni 2014 Stellung

In einem Sicherheitsaudit des Landesbetriebs Straßen.NRW vom Juni 2014 ist folgende Einschätzung zum Geh- und Radweg zu finden: »Die beabsichtigten Anpflanzungen, die geplanten Standorte der Straßenlaternen und der freizuhaltende Sicherheitsabstand von diesen Hindernissen zu Radfahrern würden zu drastischen Reduzierungen der Geh-/Radwegbrei-

ten führen. Die in der Planung angegebenen Hochbordbreiten stünden nicht annähernd zur Verfügung. Vor diesem Hintergrund wird nochmals eindringlich um Überprüfung der vorgesehenen Baumanpflanzungen, der Straßenlaternenstandorte, die auf den Hochbordanlagen außen liegen sollen, und der geplanten Radwegebenutzungspflicht (...) gebeten.«



Die Beschilderung entlang der Ortsdurchfahrt soll zunächst stehen bleiben.